

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 743.

Freitag, 23. Oktober
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Amliches.

Berlin, 22. Oktober. Der bish. Reg.-Aff. Fritsch ist zum etatsmäßigen Militär-Intend.-Aff. ernannt und der Intendantur des X. Armee-Corps überwiesen, der bish. Baumeister Heinrich Linke zu Br. Stargard als f. Kreisbaumeister daselbst angestellt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Bern, 22. Oktober. Vom Nationalrathe wurde heute die Beratung des Gesetzentwurfs über die Militärorganisation fortgesetzt und beschlossen, am Politechnikum in Zürich Lehrstühle für militärwissenschaftliche Fächer zu eröffnen. — Die Bundesversammlung hat heute Roguin (Luzerne), Blumer (Glarus), Morel (St. Gallen), Anderwert (Frauenfeld), Pictet (Genève), Niggeler (Bern), Kopp (Luzern), Oligiati (Peschano), Baechi (Solothurn) zu Bundesrichtern gewählt.

Paris, 22. Oktober. Ein aus Madrid hier eingegangenes Schreiben erklärt die Mittheilungen der „Ausg. Allg. Ztg.“, nach welchen der hiesige spanische Gesandte, Marquis de Armiño, in der jüngsten Note einer persönlichen Politik gefolgt wäre, für unbegründet. Das Schreiben berichtet, daß die Note von der spanischen Regierung vorher gebilligt worden sei und daß zwischen dem Gesandten und seiner Regierung vollständiges Einvernehmen bestehe.

Madrid, 22. Oktober. Nach Meldungen, welche der Regierung zugegangen sind, ist der Karlistenführer Vozano mit 5 Offizieren auf der Flucht in der Richtung nach der portugiesischen Grenze begriffen.

Rom, 21. Oktober. In Folge der Beschlagnahme von Dokumenten bei den vor Kurzem wegen karlistischer Anwerbungen verhafteten Personen hat der Präfect die Auflösung des Vereins ebemaliger päpstlicher Kombattanten angeordnet. — In einer in Agnone an seine Wähler gerichteten Rede wies der Unterrichtsminister Bonghi auf die Nachteile hin, welche die bisherige Opposition für die Finanzen des Staates gehabt hat.

Zara, 22. Oktober. Nach hier eingegangenen amtlichen Meldungen sind am 19. d. in Folge der in Podgorica vorgekommenen Tödtung eines Türken alle auf dem dortigen Markte anwesenden Montenegriner von den Türken niedergemacht worden. Am 20. d. sollen in Podgorica und in der Ebene von Zeta abermals mehrere Montenegriner getödtet worden sein. Die Gesamtzahl der getödteten Montenegriner beträgt angeblich 17, außerdem sind noch einige türkische Unterthanen christlicher Konfession niedergemacht worden, die — fälschlich — für Montenegriner gehalten wurden. Der Archimandrit des Klosters von Piperi fand dadurch, daß er sich in die Wohnung des türkischen Kaimakan's flüchtete, seine Rettung; die in der Gegend von Podgorica sich aufhaltenden Montenegriner flüchteten nach Montenegro. Von den in Montenegro sich aufhaltenden Türken wurden die Meisten auf ihren Wunsch zur Grenze geleitet, nur einige zogen es vor, in Montenegro zu bleiben. Es herrscht große Aufregung in Montenegro, indeß ist es bis jetzt zu keinen Repressalien gekommen. Auf beiden Seiten ist man mit Feststellung des Thatbestandes beschäftigt.

Bukarest, 22. Oktober. Den Manövern der rumänischen Truppen, die vorgestern unter dem Befehle des Fürsten Karl an der Jalomitza begonnen haben, wohnten auch türkische Offiziere bei. Der Schluß der Manöver findet in der Nähe von Bukarest statt und sollen dabei zugleich Fahnentanz an die Truppen vertriehen werden.

Newyork, 21. Oktbr. Die Entscheidung des Schiedsgerichts in der Differenz mit den Baumwollarbeitern von Bolton ist für die Arbeitgeber günstig ausgefallen, so soll eine Reduktion des Arbeitslohnes um 5 pCt. eintreten.

Washington, 22. Oktober. Die Unionsregierung hat dem Vornamen nach das Kriegsschiff „Tuscarora“ nach den Samoa-Inseln abgeschickt.

Die Affaire Arnim

hat eine neue Phase durchschritten. Bekanntlich lag es in der Absicht des Grafen, die Frage des Eigentumsrechts an den von ihm bei Seite geschaffenen Dokumenten im Wege des Zivilprozesses zur Entscheidung zu bringen. Eine Klage zu dem Zwecke ist von ihm nunmehr bei dem hiesigen Stadtgericht eingereicht worden, aber welcher Art? Nicht auf Anerkennung seines Eigentums ist dieselbe gerichtet, sondern sie ist, wie die „N. Z.“ meldet, eine sogenannte Diffamationsklage, in welcher Graf Arnim nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß der Reichsfiskus, vertreten durch den Reichskanzler Fürsten Bismarck, im Wege Rechtsens den Eigentumsanspruch, dessen er sich ihm gegenüber berühme, nachweise und begründe. Die genannte Zeitung bemerkt dazu:

Die Verblendung, welche den Grafen Arnim in die ganze unglückliche Angelegenheit verwickelt hat, kann nicht prägnanter an den Tag gelegt werden, als durch diesen seinen Anspruch, welcher gänzlich außer Acht läßt, daß die Voraussetzungen der Diffamationsklage ein unrechtmäßiges Verhältniß ist, so daß dieselbe niemals da stattfinden kann, wo der behauptete Anspruch unmittelbar aus dem Gesetze folgt. So aber liegt die Sache im vorliegenden Falle. Wohin sollte es wohl mit der Staatsordnung kommen, wenn die Behörden ihren eigenen Beamten gegenüber im Wege des Zivilprozesses immer erst die Berechtigung der durch die Staatsgesetzgebung und Disziplinarordnung gegen sie begründeten Ansprüche nachzuweisen verpflichtet wären? Da könnten am Ende auch die Kassenbeamten des Staats sich berechtigt halten, die ihnen anvertrauten Staatsgelder so lange dem Staate zu hinterziehen, bis dieser im Wege des Zivilprozesses sein Eigentumsrecht daran nachgewiesen und rechtskräftig erstritten haben würde. Natürlich hat das Stadtgericht die Klage als unzulässig zurückgewiesen, Graf Arnim darüber aber nicht nur an das Kollegium eben dieser

Behörde, sondern auch weiter an das Kammergericht Beschwerde geführt, wo die Angelegenheit nunmehr schwebt.

Die „Kreuzzeit.“ bringt eine lange Mittheilung aus gut unterrichteten Kreisen, welche des Grafen Ansichten über den Streitpunkt präcisiert, und so lautet:

Graf Arnim bestreite durchaus nicht den dienlichen und amtlichen Charakter der von ihm beanspruchten Schriftstücke. Er sagt nur: diese Schriftstücke gehörten nicht in das Archiv der Botschaft, sind nie in demselben gewesen und ich bin der Meinung, daß ich sie nicht an dasselbe abgeliefert habe; denn sie betreffen sämtlich meinen Konflikt, in welchen ich mit dem Reichskanzler gerathen war und der persönliche Charakter dieser Schriftstücke ist so vorwiegend, daß ich mich für berechtigt erachte, sie für mich zu behalten. Wenn meine Auffassung irrig ist, so kann das auswärtige Amt nicht Richter und Partei zugleich sein, sondern das Civilgericht oder wenn das Anrufen desselben möglich ist, eine Sachverständigen-Kommission muß darüber entscheiden.

Graf Arnim hat allerdings auch gesagt, daß er sich des Bestandes dieser Schriftstücke nicht entschlagen könne, weil er sie zur Verteidigung gegen gewisse Anlagen brauche, die der Reichskanzler gegen ihn erhoben hat. Zugleich wäre aber auch für ihn der Wunsch maßgebend gewesen, daß diese Korrespondenzen, welche einer sehr peinlichen Geisde entstammen, nicht zum ewigen Andenken allen möglichen Botschaften, Botschafts-Sekretären und Kanzlisten zugänglich bliebe. Er hat endlich die Herausgabe niemals unbedingt verweigert, sondern nur gesagt: „Ich glaube, diese Schriftstücke gehören mir. Wenn mir bewiesen wird, daß ich Unrecht habe, stehe sie dem auswärtigen Amt zur Disposition. Wie nun unter solchen Verhältnissen der § 133 und der § 348 des Strafgesetzbuches Anwendung finden sollen, sei ihm durchaus unverständlich.

Die Schriftstücke sind keine Urkunden im Sinne des Gesetzes und nach der Praxis des Dienstes. Sie sind auch nicht bei Seite geschafft, beschädigt oder vernichtet, sondern sie sind vollständig vorhanden, nur daß Eigentums-Recht an denselben ist streitig. Da diese Frage nicht so ohne Weiteres ex majore auctoritate entschieden werden kann, scheint evident. Dies folgt auch daraus, daß das auswärtige Amt Anfangs auch diejenigen, zu dieser Korrespondenz gehörenden und dieselben abschließenden Erlasse beanspruchte, welche sich auf die Abberufung des Grafen Arnim aus Paris und seine Ernennung nach Konstantinopel beziehen. Jetzt bei Einleitung des Strafverfahrens hat das auswärtige Amt den Anspruch auf diese Dokumente fallen lassen.

Es wird nun mit Bestimmtheit ausgesprochen, daß Graf Arnim die Herausgabe der übrigen Erlasse nicht verweigert haben würde, wenn man ihm gegenüber, so lange noch über diese Sache korrespondiert wurde, den Unterschied gemacht hätte, den das auswärtige Amt jetzt wahrscheinlich nach näherer Information von juristischer Seite, gemacht hat. Anstatt dessen hatte das auswärtige Amt aber dem Grafen Arnim vor länger als 8 Wochen in der vorliegenden Weise eröffnet, daß seine Weigerung, die Schriftstücke herauszugeben, — jene auf die Ernennung nach Konstantinopel bezüglichen mit eingeschlossen — ein Verbrechen gegen die §§ 133, 348 und 350 konstituiere, mit anderen Worten, daß er sich einer Unterschlagung schuldig mache. Die Verurteilung auf § 350 hat man jetzt aufgegeben.

Könnte aber Graf Arnim auf einen solchen Erlaß, auf solche Drohungen hin, die Schriftstücke sofort herausgeben, ohne sich dem Verdachte auszuliefern, daß er sich wirklich vor der Anklage fürchte, einer Unterschlagung schuldig zu sein? Dies Alles wird die Verhandlung aufklären.

Unverhänflich bleibe aber immer die Untersuchungssache des nach vielen ärztlichen Zeugnissen schwer und gefährlich kranken Grafen. Für den Fall, daß man fürchtet, Graf Arnim könne die in Rede stehenden Aktenstücke veröffentlichen, so müßte man sich doch sagen, daß es ihm viel leichter würde, Mißbrauch mit den Papieren zu treiben, wenn er Abschriften davon genommen, und die Originale ruhig in der pariser Botschaft gelassen hätte.

An einen Fluchtversuch aber kann wohl mit Ernst nicht gedacht werden. Niemand in der Welt habe ein solches Interesse, diesen Prozeß zu Ende zu führen, als der schwergekränkte Staatsmann, der jetzt seiner Freiheit in einer so harten Form beraubt ist.

Zur Einberufung eines Landesauschusses für Elsaß-Lothringen.

Nach einer Mittheilung der „Straßburger Zeitung“, welche wegen ihrer amtlichen Natur für wohl unterrichtet gelten darf, besteht die Absicht, daß aus jedem der drei reichsständischen Bezirksstage 10 Mitglieder delegiert und zu einem Landesauschuß für Elsaß-Lothringen mit beratender Stimme einberufen werden sollen. Zu diesem Projekt spricht sich die nationalliberale „B.A.“ wie folgt aus:

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Dinge in Elsaß-Lothringen der Initiative der Reichsregierung zu überlassen sind; die Majorität des Reichstags hat bisher schon diesem Grundsatze gehuldigt. Anregungen aus dem Schooße des Reichstags sind auch auf diesem Gebiete möglich und wünschenswerth, indeß jeder erste Schritt auf dem Verfassungswege muß, weil er mit großer Verantwortlichkeit verbunden ist und nur unter voller Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse erfolgen kann, der Regierung überlassen bleiben. Sobald es sich um die Schaffung einer förmlichen Institution für das Reichsland handelt, würde es der Zustimmung des Reichstags zu verfallen bedürfen, und zwar selbst dann, wenn dem Landesauschuße oder der Landesvertretung lediglich eine beratende Stimme beilegt werden soll. Etwas anderes ist es, wenn die Regierung zum Zwecke besserer Information eine Versammlung ad hoc einberuft und die Bezirksstage in dieselbe Mitglieder wählen läßt; in diesem Falle würde die Zustimmung des Reichstags nicht erforderlich sein, da die Regierung mit der einmaligen Einberufung einer solchen Versammlung keine Verpflichtung übernimmt, dieselbe regelmäßig einuberufen und ihr die für das Reichsland bestimmten Gesetze zur Begutachtung vorzulegen. Ein solcher Schritt der Regierung würde nur willkommen geheißen werden können; denn allgemein wird ja die Nothwendigkeit empfunden, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens an der Gesetzgebung ihres Landes sich betheilige. Die einzige Gefahr, welche zur Zeit noch damit verbunden sein möchte, ist die, daß die Delegierten der Bezirksstage die zur Begutachtung der Landesgesetze einberufene Versammlung zu politischen Demonstrationen benützen; diese Gefahr wird abgemildert, wenn jener Versammlung vorläufig ein institutioneller Charakter noch nicht beilegt wird. Die Regierung ist dann in der Lage, je nachdem sich der Versuch bewährt,

mit weiteren Schritten vorzugehen oder aber es mit der einmaligen Berufung der Versammlung bewenden zu lassen; das Letztere wäre aber nicht mehr möglich, wenn durch ein Gesetz diese Versammlung sofort zu einer verfassungsmäßigen Institution erhoben und der Regierung die Verpflichtung auferlegt würde, ihr die für das Reichsland zu erlassenden Gesetze zur Begutachtung vorzulegen. Zu einem solchen Schritte ist heute noch nicht die Zeit; erst müssen Garantien gegeben sein, daß die Elsaß-Lothringer sich wirklich an der Landesgesetzgebung betheiligen und die Landesvertretung nicht lediglich als Boden für politische Demonstrationen ausbeuten wollen.

Die „Magdeb. Ztg.“ macht darauf aufmerksam, daß der dem Reichstage demnächst vorzulegende Entwurf des Strafprozesses einen sehr wesentlichen Mangel enthalte, da er die wichtige Frage betreffs der Entschädigung eines freigesprochenen Angeklagten überhaupt unberührt lasse. Sie bemerkt hierüber:

„Die Thatfache, daß ein Unschuldiger in langer Untersuchungshaft gehalten werden kann, hat für unser humanes Jahrhundert etwas Grauenhaftes. Indessen der Mensch ist nicht allwissend, und bei aller Sorgfalt der betheiligten Behörden werden dergleichen Fälle stets vorkommen und im Interesse der Strafrechtspflege und der öffentlichen Sicherheit vorkommen müssen. Hat man aber aus höheren Rücksichten zu Maßregeln greifen müssen, welche das Interesse des hiervon Betroffenen und später als unschuldig Erkannten schwer verletzen, so ist man ihm schuldig, die Härte des Gesetzes so viel als thunlich auszugleichen. Freilich dürfte sich der umgekehrte Fall, in welchem ein wirklich Schuldiger wegen Mangels an Beweisen oder aus irgend einem anderen Grunde freigesprochen werden muß, ungleich häufiger ereignen, und auch der Gedanke, daß der freigesprochene Dieb, Hehler, Räuber oder Mörder obendrein eine Genugthuung erhalten soll, sei es in welcher Form es wolle, widerspricht dem Rechtsgefühl. Die hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten mögen hauptsächlich maßgebend dafür gewesen sein, den angeregten Punkt in der neueren Gesetzgebung ganz mit Stillschweigen zu übergehen. Allerdings enthält der Entwurf zur Strafprozessordnung im § 226 eine Bestimmung, welche ebenfalls hierher gerechnet werden könnte. Es lautet daselbst: „Ein freigesprochener Angeklagter kann die unentgeltliche Ertheilung einer Abschrift des Urtheils mit den Gründen verlangen.“ Hiermit geschieht aber bei Weitem nicht genug. Nach unserer Auffassung ist der Staat verpflichtet, demjenigen, welcher durch seine Organe unschuldigerweise materielle Einbußen erlitten, hierfür gerecht zu werden. Die Schwierigkeiten, welche dieser im Prinzip gewiß gerechtfertigten Forderung entgegenstehen, halten wir nicht für unüberwindlich.

„Die Hauptschwierigkeit haben wir im Vorstehenden bereits berührt. Das ist die häufig vorkommende Freisprechung schuldiger Individuen. Hier wäre es verkehrt und es würde dem öffentlichen Rechtsbewußtsein in's Gesicht schlagen, wollte man obendrein für erlittene Untersuchungshaft oder sonstige Einbußen eine materielle Entschädigung gewähren. Wo aber liegt die Grenze? Die Schwierigkeit scheint unübersteiglich, ist aber nach unserem Dafürhalten dadurch lösbar, daß man dem erkennenden Richter die Befugnis beilegt, im Erkenntnis ohne Angabe von Gründen auszusprechen, ob dem Freigesprochenen eine Entschädigung zuzubilligen oder nicht. Kam es gar nicht zur Anklage und befand sich der Angeklagte in Untersuchungshaft, so würde, anstatt durch Erkenntnis, die Entschädigungsfrage durch einen Beschluß zu regeln sein. Die Entschädigung selbst müßte nach bestimmten Grundsätzen geleistet werden, und es würde zu diesem Zwecke eine Scala aufzustellen sein, welche sich nach der Lebensstellung jedes zu Entschädigenden und der Dauer der erlittenen Haft zu richten hätte.“

Die hier angeregte Sache hat allerdings ihre großen Schwierigkeiten, und jedenfalls kann es sich, wie die „Magdeb. Ztg.“ mit Recht hervorhebt, nicht um eine Entschädigung eines freigesprochenen, sondern nur eines unschuldig Angeklagten oder Verurtheilten handeln, was bekanntlich zwei sehr verschiedene Dinge sind. Aber auch in diesem Falle — meint die „Schles. Ztg.“ — würde der Staat doch nur dann zu einer Entschädigung für verpflichtet erachtet werden können, wenn irgend ein Versehen seiner Organe vorläge. Sie motiviert dies wie folgt:

Ist ein solches nachweisbar, so giebt es jetzt schon Rechtsmittel, um den erlittenen Schaden und Nachtheil gegen die Personen, welche das Versehen begangen haben, geltend zu machen. Allein wir geben gern zu, daß diese wichtige Angelegenheit einer weiteren Regelung bedarf. Jedenfalls wird die bloße Thatfache, daß Jemand unschuldig angeklagt oder unschuldig verurtheilt, und dabei etwa längere oder kürzere Zeit der Freiheit beraubt worden ist, zu einer Entschädigungspflicht des Staates nicht ausreichen. In den weitaus meisten Fällen wird ein solch beklagenswerthes Schicksal eines Angeklagten durch meineliche Zeugen veranlaßt werden oder dadurch, daß das zu Gebote gestellte Belastungsmaterial nicht in der Weise herbeigebracht werden konnte, wie es bei dem ersten Einschreiten gegen den Angeklagten vorlag, z. B. wegen des inzwischen eingetretenen Todes eines wichtigen oder entscheidenden Belastungszeugen. In allen diesen Fällen wird man sicherlich nicht sagen können, daß der für unschuldig Erkannte durch Organe des Staates materielle Einbußen erlitten habe. Hier würde also auch dem Richter kein Anhalt gegeben sein, eine Entschädigung, sei es durch Erkenntnis, sei es durch Beschluß festzusetzen.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ **Berlin, 22. Oktober.** Der Militäretat ist bereits im Kriegsministerium auf Grund der jüngst eingetretenen Verständigung einer Umarbeitung unterworfen worden und wird heute oder spätestens morgen dem Bundesrath zugehen. Von mancher Seite wird in Abrede gestellt, daß es in der Absicht der Reichsregierung liege, eine Position für die in Vorschlag gebrachte ständige Justizkommission in den Reichshaushalt aufzunehmen, und hinzugefügt, daß von einer solchen Kommission weder im Bundesrath, noch im Reichskanzleramt die Rede gewesen sei. Das ist irrtümlich, denn, wie man hört, ist die Frage wegen Einsetzung der Kommission allerdings im Bundesrath bereits diskutiert worden, aber wie ich schon neulich erwähnte, beabsichtigt weder der Bundesrath, noch das Reichskanzleramt in Betreff der Behandlung der großen Justizgesetze dem Reichstage vorzugreifen, und es ist daher nur die Bereitwilligkeit konstatirt worden,

einem Vorschlage des Reichstages auf Einführung einer solchen Kommission zustimmen und die für die Durchführung eines solchen Antrags erforderlichen Schritte vorbereiten zu wollen. — Der Landtag wird sich bekanntlich vorzugsweise mit der Weiterführung der durch die Reorganisation begonnenen Reform der inneren Verwaltung zu beschäftigen haben. Wie ich höre, steht der Minister des Innern in Begriff, sich über den Gang und die Ausführung dieser Frage mit den Stimmführern des Landtages durch vertrauliche Besprechungen in Einvernehmen zu setzen. — Die Befehle des Regierungs-Präsidenten zu Arnberg wird als nahe bevorstehend bezeichnet. Es soll für diese Stelle eine Persönlichkeit bestimmt sein, welche gerade in den so vielfach auftauchenden Gerüchten keine Erwähnung gefunden hat. Man nennt als für die Stelle designirt einen bisherigen Regierungs-Vizepräsidenten.

— Das Projekt der Einführung einer Reichsgewerbesteuer ist nicht, wie vielfach angenommen wird, aufgegeben worden. Wie die „Börs. Ztg.“ von zuverlässiger Seite erfährt, haben im preussischen Finanzministerium wiederholt Erwägungen darüber stattgefunden, ob die Gewerbesteuer nach einheitlichen Grundsätzen für das Gebiet des Deutschen Reiches geregelt und zu einer Reichsteuer gemacht werden soll. Die preussische Regierung dürfte die Umwandlung der verschiedenen Landesgewerbesteueren in eine Reichsteuer für durchführbar und auch den Interessen der kleineren deutschen Staaten für durchaus entsprechend halten. Der Hauptgesichtspunkt, der hierbei festgehalten werden muß, ist der, die kleineren Staaten drückenden Matrikularbeiträge, wenn nicht ganz abzuschaffen, so doch mindestens zu vermindern, also zu untersuchen, ob die Erhebung der Gewerbesteuer als Reichsteuer dieses Ziel erreichen wird. Da in den thüringischen Kleinstaaten nur sehr geringe Gewerbesteuern bestehen, so würden diese Staaten durch Einführung einer Reichsgewerbesteuer erheblich entlastet werden, ohne an eigenen Einnahmen sonderlich viel einzubüßen. Uebrigens sind Baiern, Sachsen und die freien Städte dem Projekt der Einführung einer Reichsgewerbesteuer nicht zugethan.

— Die Reichskommission für Medizinalstatistik hat gestern ihre Sitzungen beendet. Die auswärtigen Mitglieder sind abgereist und die in Berlin wohnenden werden sich der Redaktion des zu erstattenden Berichts unterziehen. Der letztere zerfällt in 8 Abschnitte, welche betreffen:

1) Die Heilpersonen; 2) Apotheker, über welche zum ersten Male eine vollständige Statistik erscheinen soll; 3) ärztliche und pharmaceutische Vereine; 4) Heilanstalten, über deren Bestand von 5 zu 5 Jahren Erhebungen stattfinden sollen; 5) Bewegung des Krankenbestandes in den Heilanstalten mit Unterscheidung der Krankheits- und Todesursachen, wovon jährlich Aufnahmen erfolgen sollen; 6) allgemeine Mortalität mit Unterscheidung der Todesursachen; 7) Leichenchaufes mit vollständiger Entwurfsbeschreibung; 8) Morbidität und Mortalität bei einzelnen Hauptberufsgruppen und Klassen der Bevölkerung, mit besonderer Rücksicht auf Knappheitsklassen, gewerbliche Hilfsklassen, Reichspost, deutsche Eisenbahnen, Lebensversicherungen, Unfallversicherungen. Der Bericht wird an das Reichsfinanzministerium übermittel.

— Die „N. Ztg.“ ist unermüdet in der Mitteilung von Nachrichten über die Ständesämter. Heute schreibt sie:

Dem Vernehmen nach ist die Befürchtung entstanden, daß sich in Berlin in Folge der Einführung der Ständesämter die Scheine vermehren möchten. Es lag deshalb die Absicht vor, die Ständesämter anzuweisen, die Schließung der Ehe abzulehnen, so bald sie die Ueberzeugung gewinnen, daß nur eine Scheinehe beabsichtigt werde. Bis jetzt hat sich indessen nichts was diese Befürchtung begründen könnte, herausgestellt. Außerdem ergibt der klare Wortlaut des Gesetzes, daß die Ständesämter die Schließung der Ehe, wenn nichts weiter als die Vermuthung der Scheinehe vorliegt, nicht ablehnen dürfen.

— Seit einigen Tagen zirkulirt in der Stadt „ein Aufruf an die Mieter und Miethsleute Berlins und Umgegend“, der zu einer „Großen allgemeinen Miethervereinigung“ unter der Adresse des „Berliner Heim“ einladet. Der Aufruf ist in derben und drastischen Ausdrücken und Wendungen abgefaßt und macht gegen die „Miethsrenten und Häuserjöhre“ Berlins Front. Es ist unbestreitbar, daß die Wohnungssrage in Berlin seit Langem eine steigende Bedeutung gewonnen hat, und der Uebermuth der Berliner Hauswirthe ist ja weit über das Maß der Noth hinaus schwärmend geworden. Bis jetzt war der Widerstand, den die Mieter vereinzelt demselben entgegenstellten, meist nutzlos, da die Ständesämter, die ihnen aufgebürgelt wurden, sie jedes Rechtes den Hausbesitzern gegenüber von vornherein beraubten. Vielleicht bleibt die beschlossene Massenorganisation auf diesem Felde nicht ohne Wirkung, zumal unseres Wissens bis dato kein Berliner Hauswirth die weise Voraussicht besaß, daß einmal ein solcher „Mietherverein“ zu Stande kommen könne, und in Folge dessen auch in keinem Miethskontrakte ein Paragraph sich vorfindet, nach welchem die Zugehörigkeit zu diesem Verein zur sofortigen Ermäßigung des Miethers berechtigt. Es wird jetzt darauf ankommen, wer der Schnellste und Schlaueste ist: der Miether oder der Hauswirth, den Berliner Hauseigentümern einen Vorsprung abzugewinnen, hält schwer. Im Uebrigen läßt sich, auf Grund amtlicher Erhebungen sowohl, wie auch schon dem äußeren Anschein nach, konstatiren, daß von einer Wohnungsnoth z. B. in Berlin nicht mehr die Rede ist, sondern daß im Gegentheil eine verhältnismäßig große Anzahl selbst mittler und kleiner Wohnungen leer stehen. Das dürfte am nachdrücklichsten wohl auf die Stimmung der Hauswirthe einwirken.

Mecklenburg-Strelitz, 20. Oktober. Am Freitag hatte der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz seinen Geburtstag. Das ihm vielleicht angenehmste Geschenk an diesem Tage wird wohl die Ueberreichung des Beglaubigungsscheins von Seiten des Berliner spanischen Gesandten Grafen Rascon gewesen sein, welche an demselben Tage stattfand. Die „Köln. Ztg.“ enthält folgenden Schlußsatz zu diesem bei den Verhältnissen des deutschen Reiches etwas sonderbaren Spezialmandat: „Die Beglaubigung des spanischen Gesandten an den Hof von Mecklenburg verleiht zu der Zeit des Großherzogs von Mecklenburg-Schwierin in Spanien zur Zeit der Königin Isabella hinauf. Der Großherzog wurde damals an dem spanischen Hofe sehr gut aufgenommen und wünschte einen Gesandten der Königin zu empfangen, welchem Wünsche willfahrt wurde. Die gegenwärtige Beglaubigung hält nach dem Wunsch der betreffenden Höfe dieselbe Tradition fest. Dieser Wunsch des betreffenden Hofes ist schwerlich ein berechtigter.“

Rottenburg, 20. Oktober. Die „Germ.“ registrirt mit Befriedigung eine neue „Verurtheilung der preussischen Kirchenpolitik“, und zwar soll dieselbe von keinem Anderen, als dem Bischof Hefele ausgegangen sein, der bisher für verhältnißmäßig galt. Nach der „Germ.“ ist die Anregung zu der Auslassung des Bischofs aus Amerika gekommen. Der in Pittsburg erscheinende „Freiheitsfreund“ brachte am 11. August folgenden Artikel:

„Zu den vornehmlichsten Mitgliedern des deutschen Episkopats gehört bekanntlich der Bischof Hefele von Rottenburg. Derselbe mißbilligt entschieden das Auftreten seiner Kollegen und ist dafür von den Letzteren oft genug auf das Härteste mißgenommen worden. Dies hindert indessen nicht, seine Wägen bei jeder Gelegenheit zu manifestiren! So hat er die Wahl des Stadtpfarrers Dr. Schwarz zum Dekan des Ulmanger Kapitels verworfen, weil der Gewählte ein ultramontaner Feigbörn ist und Württemberg zum Schauplatz kirchlicher Wühlerei machen möchte. Der beste Beweis für Hefeles Wirksamkeit

ist der Umstand, daß nirgends so wie in Württemberg der Friede unter den verschiedenen Glaubensbekenntnissen bisher gewahrt worden ist.“

In Folge dieses Artikels fragten die Katholiken zu Pittsburg bei Herrn Hefele an und erhielten folgende Antwort:

Eine bei Ihnen erscheinende deutsche Zeitung, der „Freiheitsfreund“ brachte kürzlich eine meine Benützung betreffende Behauptung, welcher entgegenzutreten ich als Pflicht erachte. Es ist wahr, daß in Württemberg bis jetzt, Gott sei Dank, kirchlicher Friede herrscht, aber wir verdanken dies in erster Linie und nach der göttlichen Gnade — dem wohlwollenden Sinne unseres Königs und der Weisheit seiner Regierung. Würden nicht da und dort die kirchlichen (altkatholischen) Wühlereien von obenher unterstützt, gefördert und gern gesehen, so würden auch andere Gegenden Deutschlands denselben Friedens genießen, wie mein eigenes Vaterland! Unwahr aber ist es, daß ich „das Auftreten meiner Kollegen Preußens mißbillige und dafür schon oft genug auf das Härteste mißgenommen worden sei.“ Von einem Zweifelsfall dieser Art ist mir nicht das Geringste bekannt, vielmehr stehe ich mit meinen hochwürdigsten Amtsgenossen im besten Einvernehmen und kann zur Orientirung des „Freiheitsfreundes“ nur bemerken, daß ich erst vor wenigen Tagen einem hohen Staatsbeamten (nicht einem Württembergischen) gegenüber mich ganz offen dahin ausgesprochen habe, daß ich den Eid, wie er in Preußen und Baden von den Bischöfen verlangt wird, nicht leisten und den neu aufgelegten Staatskirchenverträgen nicht Gehorsam versprechen könnte. Ich bin allerdings ein Mann des Friedens, aber es giebt Grenzen, über welche kein Bischof, auch bei der friedfertigsten Gesinnung, hinausgehen kann. Ich ermächtige Sie, von dieser Erklärung jeden Ihnen geeignet scheinenden Gebrauch zu machen.

† Karl Joseph v. Hefele, Bischof von Rottenburg.

Wien, 21. Oktober. Einem der „A. Z.“ aus Cetinje zugegangenen Telegramm zufolge ist gestern dort ein Türke aus Podgorica ermordet worden. Der Mörder desselben ist ein türkischer Unterthan. Nichtsdestoweniger aber fielen die Türken in ihrer Wuth über sämtliche auf dem Markte befindliche Montenegriner her und richteten ein Blutbad an. Ermordet wurden der Archimandrit des Klosters Piperi, 17 Montenegriner und einige montenegrinische Weiber. Die Montenegriner waren unbewaffnet. Die kaiserliche Regierung hat alle Maßregeln getroffen um einem Aufstande vorzubeugen. Die Erbitterung unter den Christen ist eine außerordentliche. Alle türkischen Unterthanen, die sich zu dieser Zeit auf montenegrinischem Gebiete befanden, wurden auf Anordnung der Regierung von Cetinje bis zur türkischen Grenze geleitet. Die kaiserliche Regierung wird von der Regierung der hohen Pforte die strengste Untersuchung fordern.

Wien, 21. Oktober. Gleichzeitig mit der Wiedereröffnung des Reichsraths in Wien ist die diesjährige Session der österreichischen Landtage geschlossen worden, nachdem diese Vertretungskörper ungefähr einen Monat lang getagt hatten. Von all' den seit 1861 stattgefundenen Sessionen der Kronlandsrepräsentationen ist diese letzte die ruhigste die ärmste an epochemachenden Ereignissen gewesen; nichtsdestoweniger hat diese letzte Session eine politische Bedeutung, welche eingehender gewürdigt zu werden verdient. Will man den Kern der langen Verfassungskämpfe in Oesterreich in kurzen Worten definiren, so wird man sagen müssen, daß es sich dabei in erster Linie um einen Kampf der legislativen Kompetenz der Landtage mit derjenigen des Reichsraths gehandelt habe. Die Motive der Opposition gegen die Verfassung und den Reichsrath waren nicht überall die gleichen, das Ziel aber war in allen Kronländern, in denen überhaupt eine nationale oder eine sogenannte staatsrechtliche Opposition auf dem Plane erschien, das nämlich: den Schwerpunkt der Gesetzgebung in die ad usum proprium zugeschnittenen Provinzialvertretungen zu verlegen. Selbstverständlich mußte die Opposition, so lange dies Ziel auch nur einigermaßen erreichbar erschien, einen wesentlichen Theil ihres Programms darin erblicken, die Landtage zum Schauplatz großer Demonstrationen, zur Stätte hochtrabender Beschlüsse zu machen, um diesen Zukunftsparlamenten den Nimbus einer großen politischen Wichtigkeit zu verleihen. So entstanden in Prag jedesmal, so oft eine czechisch-feudale Majorität im Ständehause einkehrte, die haarsträubendsten Beschlüsse für das Reich der Wemelskronen, so wurde in Lemberg die vielbesprochene galizische Resolution gebrannt, und um die Wette mit den großen Landtagen eiferten die kleineren Föderalistenkonventikel in Kompetenzüberschreitungen und hochtrabenden Deklamationen.

Das ist anders geworden: Zeuge dessen ist die eben geschlossene Session der Landtage. Wohl haben auch diesmal noch die Altgehehen in einer gebarnichten Erklärung an den böhmischen Landtag ihrem Wahn von Globus Czechien Ausdruck zu geben versucht: die tiroler Ultramontanen haben, ebenso wie ihre Gesinnungsgenossen in dem Südtirolischen Vorarlberg, es auch diesmal nicht unterlassen können, an dem Verfassungsrecht ihre Kritik zu üben; aber diese unbedeutenden und relativ harmlosen Demonstrationen sehen die Gesichtsmöglichkeit nur in ein so hellere Licht, mit der in Prag wie in Lemberg, in Wien wie in Triest eben nur die auf die Tagesordnung gesetzten Angelegenheiten des Kronlandes erledigt oder doch berathen worden sind. Die namentlich seit Einführung der direkten Wahlen mit verdoppelter Wucht sich Bahn brechende Erkenntniß, daß im Rahmen der Verfassung allein die Wünsche der Bevölkerung ihre Berücksichtigung und angemessene Befriedigung zu finden vermögen, ist in raschem Zuge in alle Kronländer gedrunken und hat aus den Landtagsstuben die ärmlichen Sinnen verbannt, in denen nur einzelne Ehrgeizige eine Genugthuung zu erbliche übermachten, durch welche die geistigen und materiellen Interessen der Völker aber geschädigt wurden. Aber noch mehr: Die abgelaufene Landtagssession zeigte in ihrem ruhigen Verlaufe nicht nur die Opposition aller Dingen im Rückzuge oder im allmählichen Erlöschen, sondern sie konstatierte auch in dem größten und ruhigsten aller Kronländer, in Böhmen, einen positiven Umschwung darin, daß sich wieder ein neuer Bruchtheil der nationalen Opposition den verfassungsgemäßen Institutionen zuwandte, indem die Jungczechen ihren Eintritt in den Landtag vollzogen. Repräsentanten die Jungczechen auch nur eine Minorität des czechischen Volkes, so ist mit ihrer Befehrung zu dem Staatsrechte der Verfassung doch die erste Breche in die bisher so festgeschlossenen Reihen der czechischen Opposition in Böhmen gelegt und nach allen Lehrfägen der Erfahrung kann es nun nicht mehr lange dauern, daß auch der noch im passiven Widerstande verharrende Rest sich dem gewaltigen Zuge der Thatfachen beugen und damit die Periode der staatsrechtlichen Kämpfe in den österreichischen Ländern definitiv abgeschlossen sein wird. (N. A. Z.)

Paris, 20. Oktober. Das politische Leben fängt in Versailles wieder an, Wellen zu schlagen: Deputirte treffen ein; politische Enten fliegen durch die Luft; Parteiversammlungen finden statt; Abgeordnete vom rechten Centrum strecken am 18. Oktober die Köpfe zusammen, um einen modus vivendi für den Fall zu finden, daß die

Rechte darauf beharre, mit dem Kabinet zu haben. Es wurde bemerkt, daß die Regierung sich durch ihre maßlose Strenge gegen die Presse überall Feinde mache. Im Ganzen herrscht in Versailles die trübe Ahnung, daß das jetzige Kabinet die längste Zeit gelebt habe. Allerdings nicht die offiziöse „Presse“ ihren Gläubigen den leidigen Trost auf, die letzten Wahlergebnisse hätten noch schlimmer ausfallen können; sämtliche Kandidaten hätten sich ja doch zu den unbestreitbaren Rechten des Septenniums bekannt. Auch der „Frangais“ sucht die Wahlergebnisse zu Mac Mahon's Gunsten zu drehen und zu wenden. „Wahrhaftig, diese Blätter sind leicht zu befriedigen!“ ruft ihnen das „Journal des Debats“ spöttisch nach. Zugleich will dieses Blatt wissen, der Herzog von Broglie werde trotz der großen Gunst, in der seine Person bei dem Marschall und der Marischallin stehe, nicht eher wieder ins Kabinet berufen werden, als bis er sein politisches Programm, das ihn zu Falle gebracht, öffentlich widerrufen habe. Vom Elisee aus wird für einen schon vor den Ferien von Alcoupe eingebrachten Antrag agitiert, wonach die National-Verfassung beschließen soll, daß sie sich nicht vor 1880 auflösen werde. Man sieht einer vom Elisee eingefädelten Flugchrift entgegen, in welcher die Unauflösbarkeit der Nationalversammlung bis 1880 dem Lande mündrecht gemacht werden soll. Geht der Antrag durch, woran wir jedoch stark zweifeln, so soll ein anderer Antrag folgen, wonach für die erledigten Sitze in der Nationalversammlung nur alle Jahre einmal, und zwar im Mai, Wahlen erfolgen sollen.

Preußen überall, sogar auf den Pferdewerken in Morvant und Nivernais! Das „Univers“ bringt heute wieder eine Probe hoher Politik. Es läßt sich schreiben, daß „preussische Agenten durch alle unsere Länder unter dem Namen schweizerischer Agenten laufen und unsere jungen Pferde auslaufen, wobei sie so verfahren: „Wir zahlen baar und 50 Fr. mehr als die französischen Offiziere auch geben.“ Kommen dann die französischen Remonte-Offiziere, so ist Alles fort; es folgt daraus, daß, wenn es zum Kriege käme, die Preußen auf französischen Rossen sitzen und die französische Kavallerie zu Fuß ausrücken müßte.“

In Sachen des Obersten Stoffel bringt jetzt auch das „Journal officiel“ folgende amtliche Erklärung:

„In einer, die „Dépêche du 20. Aout 1873“ betitelten Broschüre hat der Baron Stoffel, pensionirter Oberst, es für nothwendig erachtet, die in dem Prozeß des Herrn Bazaine gemachten Zeugnisaussagen zu disklamiren, indem er gegen den Berichterstatter dieses Prozeßes die Angriffe erneuert, denen die Gerichte bereits Gerechtigkeit widerfahren ließen. Um seine Angaben zu belegen, ruft der Herr Baron Stoffel die Untersuchung und den Bericht an, welche der v. Kriegsminister a. 13. Juli 1873 erlassenen Abweisung vorangingen, und behauptet, die in der Untersuchung angehörten Aussagen der Zeugen unter Hauptklausel, wenn auch nicht in der Form wiederzugeben. Nun gibt es aber keine dieser Aussagen, welche nicht durch die von ihm gegebene Analyse entstellt worden wäre. Um den ganzen Ernst der begangenen Irrthümer zu würdigen, wird es hinreichen, eine dieser Angaben, die er am meisten heult, dieser einzigen Stelle des Berichtes gegenüberzustellen: „Es ist heute festgestellt, daß der Oberst d'Albais keineswegs die Aegerten Wies und Rabasse gesehen hat.“ Was die Folgerungen betrifft, welche der Herr Baron Stoffel aus der Abweisung ziehen will, so reicht es hin, um darzutun, wie wenig dieselben gerechtfertigt sind, daran zu erinnern, daß die „Ordonnance de non lieu“ darauf begründet ist, daß gegen Herrn Stoffel aufgefundenen Anklagepunkte nicht unter einen bestimmten Text des Gesetzes fallen.“

Aus Rom, 15. Okt. wird über die Verhaftung der zwölf Carlisten in Via Marforia Folgendes berichtet:

„Die ganze Sache scheint etwas unendlich Komisches gehabt zu haben. Die Weiße, wie die modernen Kreuzfahrer überrascht wurden, ihr buntes und phantastisches Kostüm, ihre abentheuerliche Bewaffnung sollen es sogar den Polizeidienern schwer gemacht haben, sich des Räthels zu erwehren. Gestern und heute sind nun in den Privathäusern der Verhafteten und ihrer Verwandten Durchsuchungen vorgenommen und allerlei Uniformen, Waffen, Briefe aus dem carlistischen Lager, carlistische Pässe u. s. w. aufgefunden worden, im Kloster della Scala sogar eine schöne, von den armen Nonnen reich gesetzte Fahne mit dem Hergen Jesu und den Worten: „El corazon de Jesus es conigo. Voluntarios Romanos.“ Das ganze Corps der Voluntarios Romanos bestand aus 24 Mann, von denen also die Hälfte aufgefunden worden. Sie gehörten sämtlich der Gesellschaft der reduci dalle pontificie battaglie an und sind meist arme Tüfel, die seit 1870 brotlos geworden. Damals überredete man sie, die der päpstlichen Armee angehörten, die angebotenen Dienste in dem italienischen Heere nicht anzunehmen, wie die meisten ihrer Kameraden; die Geschichte könne nicht lange dauern, und sie würden bald wieder ihr Schwert für die gute Sache führen können. Die Jahre aber sind vergangen; die Restauration ließ auf sich warten; ein Gewerbe hatten die Leute nicht, und so ließen sie sich anwerben für die carlistische Armee. Einige von den Verhafteten waren selber aus Spanien herübergekommen, um neue Brüder anzuwerben, und hatten das Unglück, dabei selber in die Hände unserer Polizei zu fallen, die denn etwas schärfer zuseht, als die französische an der Grenze. Ein vorgefundener Brief eines Kameraden vom carlistischen Lager schildert die Entbehrungen, Strapazen und Gefahren des Krieges in sehr abschreckender Weise; freilich meint er: der Sieg (und jedem Alarmschlag folge ja ein Sieg) mache Hunger und Durst, Kälte und Malaria vergessen, und die Süßigkeit des Gefühls sich für die heilige Sache zu schlagen, wiege alle Unannehmlichkeiten auf, die der Feldzug in seinem Gefolge führe. Aus Verhafteten sind Römer von Geburt oder Niederlassung.“

London, 21. Oktober. Nach hier von Buenos Ayres unter dem 19. Oktober eingegangenen Nachrichten sind die Sitzungen des Kongresses am 18. d. geschlossen worden. — Der neue Präsident, Abel l'andea, hat das diplomatische Korps empfangen. — Vom Kriegsschauplatz wird die Niederlage des Insurgentenführers Ribas gemeldet. — Von Montevideo ist ein Insurgentendampfer mit namhaften Kriegsvorräthen für die Insurgenten abgegangen.

Petersburg, 19. Oktober. Es kursirt hier das Gerücht, daß der Finanzminister Baron Reutern im Ministerkomitee die Beseitigung der Papierwährung zur Sprache bringen wolle. Diese Gerüchte entstanden aus Anlaß eines im „Journal de St. Petersburg“ veröffentlichten Artikels, welcher bekanntlich für offiziös gehalten wird. Der Verfasser des Artikels über die russische Währung ist der Bankier Rafalowicz in Odessa, welcher seiner Zeit für die Kritik der Wolowski'schen Broschüre: „Les finances de la Russie“ öffentlich belacht wurde. Der Plan von Rafalowicz geht vor Al. m. dahin, die Zahl der Papiere auf 800 Millionen Rubel zu verringern. Augenblicklich befinden sich im Umlauf 789 Millionen in Creditrubeln und 216 Millionen in Staatskassenscheinen, zusammen also 1,005 Millionen. Es müssen demnach über 200 Millionen Rubel aus dem Verkehr gezogen werden, was sich nicht leicht durchführen läßt. Im Jahre 1862 wurde ein solcher Versuch bereits von der Regierung angestellt, die Folge derselben war jedoch die, daß der Preis des Rubels noch mehr sank. Der Stand der russischen Finanzen läßt eine Aushebung des Zwangskurses der Papierrubel nicht zu. Das Gerücht ist demnach wahrscheinlich nur der Vorläufer zur Aufnahme eines neuen Eisenbahnanlehens. — Diese Blätter brachten vor Kurzem die Mittheilung, daß dem Reichsrathe der Entwurf eines Gesetzes vorliege,

die Körperstrafe bei nach Sibirien verschickten Frauenzimmern durch Einzelhaft zu ersetzen und daß das Justizministerium in einer besonderen Kommission Strafen gegen die Trunkenheit als solche beraten lasse. Beide Nachrichten werden nunmehr offiziell demontiert, was in Betreff der ersten entschieden zu bejahen ist. Denn was die Strafbestimmungen gegen die Trunksucht anbelangt, so dürfte die Erfahrung aus England und Amerika lehren, daß ein Vorgehen in dieser Beziehung gar keinen oder doch nur sehr geringen Erfolg verspricht.

Moskau, 18. Oktober. [Prozeß gegen die Aebtissin Mitrofanja.] Im Herbst v. J. spielte sich vor dem Bezirksgericht in Moskau ein interessanter Prozeß ab, der im Publikum großes Aufsehen machte. Die Aebtissin des Serpuchower Klosters verklagte die Erben eines reichen Kaufmanns Solodownikow, der in Moskau verstorben war; es handelte sich um über 1/2 Million Rubel, von denen die Aebtissin behauptete, daß sie der Verstorbenen ihr zum Besten des Serpuchower Klosters vermacht habe, während die rechtlichen Erben diesen Anspruch zurückwiesen und die Aebtissin der Erbschleicherei beschuldigten. Der Prozeß endete mit der Abweisung der Aebtissin, welches Urteil auch in der höheren Instanz bestätigt wurde. Von dieser Zeit an sollte die Aebtissin fortwährend mit den Gerichten zu thun bekommen. Es verbreitete sich nämlich in Moskau das Gerücht, daß sie in hervorragender Weise an einem großartigen Betrüge theilhaftig sei, der auf Kosten eines anderen hiesigen Kaufmanns ausgeführt worden war; die Aebtissin ging auch hier darauf aus, einige hunderttausend Rubel auf ähnliche Weise, wie die halbe Million von Solodownikow herauszulocken. Die Behörden schritten nun gegen die geheulige Person der „Mutter“ Mitrofanja ein. Dieselbe suchte sich jedoch durch ihre zahlreichen Verbindungen, die bis in die Hofkreise von Petersburg hinreichten, zu schützen und es bedurfte langer Zeit, bis der Bescheid erteilt wurde, mit einer Hausdurchsuchung die geheuligten Hallen des Klosters zu durchsuchen. Das behördliche Einschreiten blieb nicht ohne Erfolg, man fand noch verschiedenes Andere, was die Aebtissin gravirte und die Zahl der gegen sie anhängigen Untersuchungs-fälle wuchs zusehends. Nach längerem Hin- und Herlegraphieren erlangte die Behörde auch endlich die Erlaubnis zur Verhaftung der Aebtissin. Das Anlagematerial ist bereits seit langer Zeit gesichtet und gestern hat der Prozeß in öffentlicher Verhandlung begonnen. Die Zahl der Zeugen beträgt 103, unter denen sich sehr viele hoch-gestellte Personen, meistens geistlichen Standes befinden.

Aus New-York kommen mit der neuesten Zeitungspost ausführliche Mittheilungen über das jüngst stattgehabte Erdbeben in Guatemala, durch welches die Stadt Antigua fast gänzlich zerstört wurde und 32 Menschen ihr Leben verloren. Ohne vorherige Anzeichen der Gefahr wurde der Boden von Osten nach Westen heftig erschüttert. Die Bewegung war eine Serie von vereinigten starken vertikalen und horizontalen Stößen. Diese wellenartigen Bewegungen flogen und vielen einen ganzen Fuß, und Jedermann in den Straßen wurde zu Boden geworfen. Die Scene wird als höchst schaurig geschildert. Mit den herzerregenden Hilferufen der Bevölkerung und dem Krachen und Einstürzen der Mauern vermischte sich ein Geräusch, das unterirdischem Donner glich. Der Umstand, daß alles dies sich in einer dunklen Nacht ereignete, erhöhte den Schrecken. Der erste Stoß dauerte eine halbe Minute, und während der Nacht wurden mehrere minder heftige Stöße verspürt. Die am Leben gebliebenen Einwohner verbrachten die Nacht im Freien mit dem Absingen von Psalmen. Während der Katastrophe erschienen Banditen, die plünderten und jeden Widerstand mit dem Tode bedrohten. Das Erdbeben wurde ein wenig in Guatemala, der Hauptstadt, verspürt, und Indianer brachten die Kunde, daß drei Dörfer am Fuße des Vulkans del Fuego in derselben Nacht zerstört wurden.

Lokales und Provinzielles.

Bosen, 22. Oktober.

— Das für gestern Abend angekündigte Concert der Gesangs- und Instrumentalisten im hiesigen Bazar-Saale mußte wegen plötzlicher Erkrankung der einen Künstlerin verschoben werden und wird — wie man uns erfährt mittheilen — bestimmt morgen, Sonnabend, 24 d. M., stattfinden.

— Ein in Lemberg zusammengetretenes Komitee polnischer Bürger, unter denen sich der Dichter Kornel Ujejski befindet, erläßt in polnischen Blättern einen Aufruf, worin zu einer Demonstration gegen Rußland aufgefordert wird. Ihr Projekt geht dahin, zu Ehren der bei den Unruhen in der griechisch-unionirten Diözese von Chelm in Rußland getödteten eine große Denkmünze prägen zu lassen und die Polen werden aufgefordert, auf dieselbe zu subscribiren. In dem Aufruf heißt es u. A.: „Dieser Akt ist uns so nothwendiger, einem je tieferen Falle wir entgegengehen. Denn schon werden Stimmen laut, welche aus Haß gegen das deutsche Carat eine Verständigung und ein Bündniß mit dem russischen Carat verlangen. Den Vorkennern Gottes ziemt es nicht, zwischen zwei ... zu wählen. Schon die Absicht an sich ist eine Lästerung und Sünde.“ Von den hiesigen polnischen Blättern ist der „Dziennik Poniński“ bisher das einzige, welches diesen Aufruf abdruckt und kommentirt. Bekannt ist die Schwermüde, welches dieses polnische Blatt seit einiger Zeit gemacht hat; während es früher unerschrocken das gegen Rußland predigte, so tritt es jetzt mit Sympathien für dasselbe und plaidirt für eine Ausöhnung der Polen und Russen. Von diesem Standpunkte ausgehend, kann es sich auch mit dem Projekte des Aufrufs nicht befremden. Wir bedauern, schreiben die Diplomaten des „Dziennik“, daß in Volodien vergossene Blut, wir verdammen energisch die Verfolgung und die Verhältnisse derselben; wir halten es jedoch im gegenwärtigen Augenblicke als nicht im polnischen Interesse liegend, daß man diese traurigen Vorfälle durch Demonstrationen verewige, welche keine Besserung und Linderung bringen, sondern nur die Lage unserer Landsleute verschlimmern und der von Neuem Wurzeln fassenden nationalen Entwicklung unseres Lebens unter russischer Herrschaft schaden können. Der „Dziennik“ benützt diese Gelegenheit, um seine Landsleute, deren größter Theil sich für eine Ausöhnung mit Rußland immer noch nicht recht erwärmen kann, von Neuem eine solche mündigrecht zu machen. Die Politik gebe oft ihre eigenen Wege und unterliege Wandlungen, die oft mit dem Herzen in Konflikt gerathen. Wie die galizischen Polen, die Ungarn und die Italiener trotz Blutbades und Galgen mit Oesterreich sich ausgesöhnt haben, so könne auch eine Annäherung zwischen Polen und Russen zu Stande kommen, eine Annäherung, die von der Nothwendigkeit diktiert werde — um vereint gegen das verhasste Deutschland zu Felde zu ziehen. Dieser letzte Gedanke, den der „Dziennik“ allerdings nicht zu Papier bringt, ist ja für denselben der Hauptgrund, aus welchem er das früher gewaltsam zerschnittene Fick-tuch zwischen den Polen und Russen wieder fest zusammennähen möchte.

— Ein **Nußbrand** entstand gestern in einem Hause auf der Friedrichstraße dadurch, daß ein Töbgergefäße, welcher dort einen Ofen verschmiert hatte, denselben mit Stroh ausbrannte. Der Brand wurde sofort ausgegossen.

Diebstähle. Dem Sohne eines Kaufmanns auf dem Wilhelmplatz wurde aus unverschlossener Stube ein Anzug von grau melirtem Stoffe, sowie ein Paar Stiefeln gestohlen. — Einem Fuhrwerksbesitzer auf der Kl. Gerberstraße wurde von einem auf der Straße stehenden Wagen am 22. Morgens eine blaue aus Segel-leinwand gestohlene. — Einem Tischlergesellen auf der Jesuitenstraße wurde aus offener Schlafstube eine silberne Zylinderuhr mit Goldrand und Talmikette entwendet. — Der Uhrmacher Jürgens, 24 Jahre alt, kenntlich an Klumpfüßen, welcher in Danzig 10 goldene und silberne Uhren gestohlen, wird fleißig verfolgt. — Dem Dienstmädchen eines hiesigen Beamten ist gestern Abend in einem Wurstlokale ein Portemonnaie mit 10 Thlrn. aus der Tasche gestohlen worden. — Aus unverschlossener Stube auf der Judenstraße wurde ein schwarzer Winterüberzieher und ein Paar graue Sommer-zeughosen gestohlen. Bald nachher ist vor der bekannten Mutter-gottes-Laterne auf der Schloßerstraße eine Witwe knieend und betend bemerkt worden, welche die gestohlenen Gegenstände auf dem Arme hielt. Sollte sie dort ein Dankgebet verrichtet haben?

Meferig, 21. Oktober. [Simultanfchule. Sparkasse.] Herberge zur Heimath. Bei der jüngst stattgehabten Anwesenheit des Präsidenten Herrn Steinmann kam u. A. auch die Kreirung einer Simultanfchule zur Sprache. Als Ergebnis der Besprechung stellte sich heraus, daß zum Inslebentreten einer derartigen Anstalt ca. 5000 Thaler erforderlich wären. Der Herr Präsident soll dem Vernehmen nach die Zusage erteilt haben, bei dem Ministerium dahin wirken zu wollen, daß die hierzu erforderlichen Mittel beschafft werden. — Die Einnahme der Sparkasse des Meferiger Kreises für das dritte Quartal c. beläuft sich in runder Zahl auf 28,224 Thlr. Die Ausgaben betragen 27,117 Thlr. — In der Herberge zur Heimath sind im Laufe des 3. Quartals c. an wandernde Handwerksgehilfen 46 Thlr. als Unterstützung resp. Verpflegung verausgabt worden. Die Zahl der eingewanderten Gesellen betrug 310, der verpflegten 358. Die Herberge zur Heimath erteilt seit als ein segensreiches Institut insofern, als sie dem Unmuth des Fuchens feuert und erheut sich reger Theilnahme.

Filehne, 21. Okt. [Ehrenfache.] Als vor einiger Zeit die verschiedenen Ständebeamten und ihre Vertreter aus dem Kreise Garnitau durch den Landrath behufs Eidesleistung zusammen berufen worden waren, hatten mehrere von ihnen, für ihre Verhältnisse, nicht ganz unbedeutende Unkosten durch das Mitnehmen von Wagen, Verpflegung u. dgl. gehabt. Auf eine aus ihrer Mitte aufgeworfene Frage, ob für diese Baarauslagen eine Entschädigung gezahlt würde, gab der Landrath den Bescheid, daß solche Aufwendungen Ehrenfache seien, welche von den Einzelnen selbst getragen werden müßten. Diese Ansicht können wir nicht theilen. Es mag sein, daß vorläufig noch keine Kasse für dergleichen Ausgaben existirt, aber nach unserer Ueberzeugung müssen für dergleichen Ausgaben die Mittel vom Staate gestellt werden. Oder mag man für die Zivilakte eine kleine Abgabe fordern!

Aus dem Gerichtssaal.

k. Schneidemühl, 22. Oktober. [Schwurgericht: Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge.] Heute lag auf der Anklagebank der Lehrer Martin Dymek aus Blugowo bei Lobos wegen vorsätzlicher Körperverletzung, welche den Tod des Verletzten verursacht und wegen des in § 340 des Straf-Ges. B. vorgesehenen Amtsvorgangs.

Der Angeklagte, bereits 25 Jahre im Amt, macht bei seiner Vernehmung einen durchaus widrigen Eindruck und ist jedenfalls niemals im Stande gewesen, dem Lehrerberuf die Ehre zu machen. Mit seiner Ehefrau lebt er, wie viele Zeugen bezeugen seit Jahren, wie Hund und Kaze und gar oft hat er seine Ehehälfte an den Haaren herumgezogen oder ihr Faustschläge verleiht, weshalb die Frau sich oftmals durch die Flucht zu retten suchte. Als Lehrer ist er schon zweimal wegen Mißhandlung der ihm anvertrauten Schüler von der Regierung mit Geldstrafe belegt und darauf aufmerksam gemacht worden, daß im Wiederholungsfall seine Entlassung eintreten werde; doch es half nichts. Im Juni, Juli und August d. J. hat der Angeklagte wiederum, wie die Anklage behauptet und wie durch die Beweisaufnahme festgestellt wird, drei Schulkinder auf die brutalste Weise gemißhandelt, so daß zwei derselben in Folge dieser Mißhandlungen längere Zeit krank gewesen sind und ein Kind sogar sein Leben eingebüßt hat. Die vernommenen Schulkinder sagten aus, daß dieser Knabe, Paul Jorka, am 22. Juni d. J. von dem Angeklagten an den Haaren aus der Bank herausgezerrt, zu Boden geworfen und mit einem 2 Fuß langen Joststock auf den Kopf geschlagen worden sei. Als der Knabe aus der Schule nach Hause kam, soll er über heftige Kopfschmerzen geklagt und sich zu Bett gelegt haben. Nach 5 Tagen war er in Folge eingetretener Gehirnenthündung eine Leiche. Nachdem dieselbe bereits 4 Wochen in der Erde gelegen, verbreitete sich im Dorfe das Gerücht, das Kind sei in Folge der vom Lehrer erhaltenen Verletzungen gestorben. Da Lehrer und Gemeinde ebenfalls nicht gut mit einander lebten, so wurde der Vater des verstorbenen Kindes bemogen, die Sache anzugehen. Dies geschah und die Leiche wurde auf Veranlassung der hiesigen Staatsanwaltschaft ausgegraben und seziert. In dem Gehirn der Leiche fanden die Aerzte eine käseartige Masse vor und das Gutachten lautete dahin, daß sich zwar, da die Leiche bereits 4 Wochen in der Erde gelegen, nicht mit Bestimmtheit feststellen lasse, daß der Tod in Folge einer Verletzung des Schädels eingetreten sei, doch müsse man annehmen, daß diese käseartige Masse in Folge eines Schlagens mit einem harten Gegenstande sich gebildet und die Gehirnenthündung und darauf den Tod nach sich gezogen habe.

Der Angeklagte wandte, wie der Präsident des Schwurgerichts sich ausdrückte, — eine bisher noch nicht dagewesene Methode der Vertheidigung an. Als Entlassungszeugen hatte er solche Schulkinder vorgeschlagen, welche, wie sich bei der Vernehmung herausstellte, an dem bewügten 22. Juni gar nicht in der Schule gewesen waren. Bei seiner Vernehmung selbst leugnete er hartnäckig und behauptete consequent, seine Schüler nie übermäßig streng gestraft zu haben. Die Geschworenen beantworteten jedoch alle 3 ihnen vorgelegten Schulfragen mit „Ja!“ ohne Bemühen um mildernde Umstände. Der Staatsanwalt beantragte deshalb 7 Jahre Zuchthaus u. c. und der Gerichtshof verurtheilte ihn zu 5 Jahren Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre und Tragung der Kosten.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Von **Meyers Konversationslexikon** (3. Aufl.) ist bereits vor mehreren Wochen der zweite Band vollständig erschienen. Er enthält die Worte von „Athen“ bis „Verklungen.“ Als hervorragende Artikel können wir nach einem kurzen Durchblättern bezeichnen: Auge, Australien, Banen, Baden, Bergrecht. Auch diesem Bande sind eine Menge Landkarten, Abbildungen und Stichen beigegeben. Ganz interessant ist das Ende August den Abonnenten übermittelte Korrespondenzblatt der Redaktion, worin eine Menge Aufschlüsse über die Bearbeitung des Lexikons und der dabei befolgten Prinzipien zu finden sind. (Leipzig. Bibliogr.-Institut.)

* **Mixed Pickles.** (Feuilletonistische Sticheleien.) Unter diesem Titel veröffentlicht Siegmey (Siegfried Meyer) eine Anzahl Feuilletons, die sich durch elegante Schreibweise, gefunden Humor und eine scharfe Beobachtung unserer gesellschaftlichen Zustände resp. Schwächen auszeichnen. Wir können die Schrift unseren Lesern mit gutem Gewissen empfehlen, denn sie hat auch uns einige angenehme lehrreiche Stunden bereitet.

Staats- und Volkswirtschaft.

** **Fallissement.** Die bekannte wiener Manufaktur-Firma Leopold Friedrich hat, wie das „H. T. B.“ meldet, fallirt.

** **Coursnotierungen in Reichsmark an der Börse.** Im Anschluß an unsere neulich diebheiligliche Mittheilungen bemerken wir heute, daß die von den berliner Börsen-Kommissionen und Sachverständigen zusammengestellten Vorschläge wegen der zukünftigen Cours-

Notierungen in Reichsmark die Genehmigung des ältesten Collegiums der berliner Kaufmannschaft erhalten. Darnach soll bei Werthpapieren der Thaler a 3 Reichsmark, der süddeutsche Gulden im Verhältniß von 7 Gulden zu 12 Reichsmark, der österreichische Gulden a 2 Km., 1 Frank = 0.80 Km., 1 Ltr. = 20 Km., 1 Dollar = 4.25 Km., der russische Silber-Rubel = 3/4 Km., 1 Hamburger Mt.-Banco = 1 1/2 Km., 100 Gulden polnisch = 50 Km. gerechnet werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Basner in Bosen.

Angekommene fremde vom 22. Oktober.

STEIN'S HOTEL DE EUROPE. Die Rittergutsbesitzer Frau v. Potworowska aus Chlopowa, v. Prusinski aus Carbia, Julian v. Sulerzinski a. Homiazze, die Kaufleute Krabl aus Stettin, Schamke aus Dresden, Bürger Trowdowski a. Warschau.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Friederici aus Stettin, Neß a. Breslau, Schmidt und L. Cohn aus Berlin, Donath a. Dresden, Rebeckheimer a. Frankfurt a. M., Nuhn aus Berlin, Gichoff a. Meisebe, Oberlehrer Dr. Menzel aus Görlitz, Rittergutsbesitzer Funt und Frau aus Paulsdorf, Lieutenant Troischel aus Berlin, Probst Jprecht aus Bromberg, Fabrikant Christoph aus Bromberg, Rittergutsbesitzer Wegener aus Plozow, die Fabrikanten Hehl aus Berlin, Caradonoff aus Schloß Ramisch.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Michaelis a. Breslau, Fest aus Berlin, E. Keil aus Straßburg, Kreisrichter Foerster a. Schroda, Baesler aus Breslau.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Faustmann aus Landsberg, Funke aus Dresden, Rittergutsbesitzer Dittsche aus Rombin, die Ingenieure Scholz, Wegner und Firth aus Berlin, Probst Malergast aus Bydgosz, Brenneinspektor Rudolphi aus Salsitz, Frau Oberlehrer Braun a. Rogasen, Frau Bartlufalter Laus aus Berlin, Schlächter Knitzsch aus Neutomyß, Handelsmann Niedermann aus Neutomyß.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Brandis und Schlesinger a. Berlin, Reineke a. Halberstadt, Steinrück aus Leipzig, Müller aus Zeitz, Rittergutsbesitzer Matias aus Dotlatz, Apotheker Rajawa nebst Frau aus Ostrowo, Rabbiner Dr. G. Goetens aus Aurich.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Rittergutsbesitzer Zelasko a. Bartelsdorf, die Rentiers Weiß a. Sommerfeld u. Münster a. Berlin, die Kaufleute Hirschberg a. Berlin, Ullenberg a. Düsseldorf, Lemke a. Stuttgart, Erlanger a. Frankfurt a. M., Michel a. Paris, Richter a. Köln, Meißel, Zimmermann, Hofmeister, Brühl, Dierich u. Stein a. Berlin u. Lieve a. Wien, Posthalter Fränkel a. Böh, Rentier Thymmer u. Frau a. Berlin, Fräul. Eckhardt a. Stuttgart.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 22. Oktober. Bei der Wahl der Vorsitzenden für die verschiedenen Generalräthe büßten die Konserbativen fünf frühere Siege ein und gewannen dafür dreizehn neue. Von den 86 Generalräths-Präsidenten sind 53 konserbativ. Letztere betonten in ihren Eröffnungsreden der Generalräthssitzungen, man solle seine Geschäfte erledigen und die Politik ganz bei Seite lassen. Nur einige republikanische Präsidenten berührten das politische Gebiet.

London, 22. Oktober. Die Kaiserin Eugenie stattete heute Mittag der Kaiserin von Rußland ihren Besuch ab. Eugenie wurde im Namen der Kaiserin vom Herzog von Edinburgh am Bahnhof empfangen und in einem königlichen Wagen nach dem Buckinghampalaste geleitet.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 22. Oktober, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 pSt. pr. Oktober 18 1/2, pr. November-Dezember 18, pr. April-Mai 55 Mt. 30 Pf. Weizen pr. Okt. 61, Roggen pr. Oktober 53 1/2, pr. November 51 1/2, pr. April-Mai 146 1/2 Mt. Rübsöl pr. Oktober 17, v. Nov.-Dezbr. 16 1/2, p. April-Mai 55 Mt. — Zink fest. Wetter trübe.

Hamburg, 22. Oktober. Getreidemarkt. Weizen loco flau, auf Termine höher. Roggen loco rubig, auf Termine besser. Weizen 126 pSt. pr. Oktober 1000 Kilo netto 188 B., 186 G., pr. Okt.-Novemb. 1000 Kilo netto 187 B., 185 G., pr. Novemb.-Dezbr. 1000 Kilo netto 187 B., 185 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 188 B., 187 G., Roggen pr. Oktober 1000 Kilo netto 151 B., 150 G., pr. Oktober-November 1000 Kilo netto 151 B., 150 G., pr. Nov.-Dezember 1000 Kilo netto 152 B., 151 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 152 B., 151 G., Hafer fest. Gerste still. Rübsöl still, loco u. pr. Oktober 65, pr. Mai pr. 200 Pf. 57 1/2. Spiritus matt, pr. Oktober und pr. Oktober-November 46 1/2, pr. November-Dezember und pr. April-Mai pr. 100 Liter 100 pSt. 46 1/2. Kaffee fest, Umfag 4000 Sack. Petroleum matt, Standard white loco 10, 00 B., 9, 80 G., pr. Oktober 9, 80 G., pr. Novbr.-Dezbr. 10, 00 G. — Wetter: Sturm, Regen.

Köln, 22. Oktober, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: kühl. Weizen behauptet, hiesiger loco 6, 25, fremder loco 6 20, pr. November 6, 14, pr. März 18 Mt. 70 Pf., pr. Mai 18 Mt. 75 Pf. Roggen fest, hiesiger loco 6, 5, pr. November 5, 7, pr. März 14 Mt. 65 Pf., pr. Mai 14 Mt. 60 Pf. Rübsöl höher, loco 8 1/2, pr. Oktober 9 1/2, pr. Mai 31 Mt. — Pf. Leinöl loco 10 1/2.

Antwerpen, 22. Oktober, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt (Schlußbericht) Weizen matt, dänischer 25 1/2. Roggen behauptet, franz. — Hafer fest. Gerste matt. Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 25 1/2, 25 B., pr. Oktober 24 1/2 B., pr. November 24 1/2 B., pr. Nov.-Dez. 25 bez., 25 B., pr. Jan. 26 1/2 B., 26 1/2 B., weichend. **Amsterdam, 22. Okt., Nachm.** Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen geschäftlos, pr. Nov. 275, pr. März 275, pr. Mai 275. Roggen loco höher, pr. Oktober 212, pr. März 184 1/2, pr. Mai 182 1/2. Kaps pr. Herbst 341, pr. Frühjahr 360 fl. Rübsöl loco 30 1/2, pr. Herbst 30 1/2, pr. Frühjahr 33 1/2. — Wetter: Stürmisch, Regen.

Paris, 22. Oktober, Nachmittags. (Produktenmarkt.) Weizen rubig, pr. Oktober 26, 75, pr. Nov.-Febr. 25, 25. Mehl fest, pr. Oktober 55, 75, pr. November-Februar 53, 75, pr. Januar-April 53, 75. Rübsöl rubig, pr. Oktober 72, 25, pr. November-Dezember 72, 75, pr. Januar-April 74, 75. Spiritus steigend, pr. Oktober 73, 00. — Wetter: Bedeckt.

Liverpool, 21. Oktober, Vormittags. Baumwoll (Anfangsbericht). Muthmaßlicher Umfag 12,000 B. Unverändert. Tagesimport 3,000 B. amerikanische B., ägyptische —

Liverpool, 22. Oktober, Nachmittags. Baumwolle (Schlußbericht): Umfag 12,000 B., davon für Spekulation und Export 3000 B. Matt, schwimmende behauptet.

Middl. Orleans 8 1/2, middling amerikan 8, fair Dhollera 5 1/2, middl. fair Dhollera 4 1/2, good middling Dhollera 4 1/2, middl. Dhollera 4, fair Bengal 4 1/2, fair Broad 5 1/2, new fair Domra 5 1/2, good fair Domra 5 1/2, fair Madras 5, fair Pernam 8, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 8.

Upland nicht unter low middling Oktbr.-Novbr.-Verschiffung 7 1/2 d., Upland nicht unter good ordinary Novbr.-Dezemb.-Verschiffung 7 1/2 d., per Dezember-Januar — d.

London, 21. Oktbr. (Getreidemarkt) Schlußbericht. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 46,130, Gerste 12,890, Hafer 14,180 Otrrs.

Manchester, 22. Oktober, Nachmittags. 12r Water Armitage 8, 12r Water Taylor 10, 30r Water Nicholls 11 1/2, 30r Water Gidlow 12 1/2, 30r Water Clayton 13 1/2, 40r Mule Mayall 12, 40r Medio Wilkinson 13 1/2, 36r Warpcops Qualität Rowland 13 1/2, 40r Double Weston 13 1/2, 60r Double Weston 16 1/2, Printers 1 1/2, 3 1/2 pSt. 118 1/2. Wäfiges Geschäft, Preise fest.

Berlin, 22. Okt. Wind: SW. Barometer 27, 11. Thermometer früh + 8° R. Witterung: bewölkt.
Koggen hat auch an hieutigen Markte keinerlei wesentliche Aenderung im Verthe erfahren. Auf Oktober sind die Käufer auch heute in entgegenkommender Weise befriedigt worden. Waare ist sehr wenig angeboten und entsprechend gering ist der Umsatz. Gefündigt 7000 Etr. Rindungspreis 51½ Rtr. per 1000 Kilogr. — Roggenmehl unterändert. Gefündigt 500 Etr. Rindungspreis 7 Rtr. 24 Sgr. per 100 Kilogr. — Weizen meiste etwas billiger erlassen werden; der Umsatz ist äußerst schwach. — Hafer loco fest. Termine vernachlässigt, Okt. aber gut beaufschlagt. Gefündigt 2000 Etr. Rindungspreis 62½ Rtr. per 1000 Kilogr. — Rüböl wurde etwas mehr beachtet und hat auch etwas bessere Preise gebracht. Gefündigt 100 Etr. Rindungspreis 17½ Rtr. per 100 Kilogr. — Spiritus in regem Verthe zu nachgebehen-Preisen. Der Markt schloß dann ein wenig befestigt. Gefündigt 14,000 Liter. Rindungspreis 18 Rtr. 6 Sgr. per 10,000 Liter vSt.
Weizen loco per 1000 Kilogr. 58—72 Rtr. nach Dual. gef., gelber per diesen Monat 59½—61½ Rtr., Dtt.-Kobler. do. Nov.-Dez. —, Debr.-Jan. — April-Mai 184½—184 Rtr. M. B. — Roggen loco per 1000

Kilogr. 49—60 Rtr. nach Dual. gef., russischer 50½—51½ ab Rahn. infand. 57—59½ ab Rahn. B. per diesen Monat 51½—53½ Rtr., Dtt.-Kobler. 50½—51½ Rtr., Kobler-Dez. 49½—51½ Rtr., Frühjahr 144—143 Rtr. M. B. — Gerste loco per 1000 Kilogr. 56—66 Rtr. nach Dual. gef. — Hafer loco per 1000 Kilogr. 54—66 Rtr. nach Dual. gef., oft u. weipreug. u. n. russ. 60—62½, galiz. u. ungar. 54—59 ab Rahn. B. per diesen Monat 62½ Rtr., Dtt.-Kobler. 57½—58½ Rtr., Nov.-Dez. 56½ Rtr., Frühjahr 161½—164 Rtr. M. B. — Erbsen per 1000 Kilogr. 70—78 Rtr. nach Dual. Futterwaare 65—68 Rtr. nach Dual. — Kaps per 1000 Kilogr. — Leinöl loco per 1000 Kilogr. ohne Faß 22½ Rtr. — Rüböl per 100 Kilogr. ohne Faß 16½ Rtr. B. mit Faß —, per diesen Monat 17½—18½ Rtr., Dtt.-Kobler. do., Nov.-Dez. do., Debr.-Jan. —, April-Mai 56½—56,8—56,7 Rtr. M. B., Mai-Juni 57½—57,7 Rtr. — Petroleum raffin. (Standard white) per 1000 Kilogr. mit Faß loco 7 Rtr. B. per diesen Monat 6½—7½ Rtr., Dtt.-Kobler. do., Nov.-Dez. do., Debr.-Jan. —, April-Mai —, Spiritus per 100 Liter a 100 pSt. = 10,000 vSt. loco ohne Faß 18—17 Rtr. 27 Sgr. B. per diesen Monat —, loco mit Faß —, per diesen Monat 18 Rtr. 7—3 Sgr. B., Dtt.-Kobler. do., Nov.-Dez. 18 Rtr. 5—2 Sgr. B., April-Mai 56,5

—56 Rtr. M. B. — Wehl Weizenmehl Nr. 0 9½—9½ Rtr., Nr. 0 u. 1 8½—8½ Rtr., Roggenmehl Nr. 0 8½—8½ Rtr., Nr. 0 u. 1 7½—7½ Rtr. per 100 Kilogr. Brutto unvers. inkl. Sad. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto unvers. inkl. Sad. per diesen Monat 7 Rtr. 23 Sgr. B., Dtt.-Kobler. 7 Rtr. 20½—19 Sgr. B., Nov.-Dez. 7 Rtr. 14½—14 Sgr. B., Jan.-Februar —, April-Mai 21,7 Rtr. M. B. (B. u. S. B.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde	Barometer 260' über der Dflie.	Therm.	Wind.	Wolkensform.
22 Oktbr.	Nachm. 2	27° 4' 58"	+ 8° 4'	W 3	trübe. Cu-st., Ni.
22 "	Abnds. 10	27° 4' 65"	+ 6° 2'	W 3	h5htr. St. Cu-st.
23 "	Morgs. 6	27° 4' 67"	+ 4° 9'	W 3	trübe. St. Cu-st.

Regenmenge: 25,0 Pariser Kubitholl auf den Quadratfuß.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 21. Oktbr. 1874 12 Uhr Mittags 0,16 Meter.

Breslau, 22. Oktober.

Fester.

Freiburger 105½. do. junge. —, Oberschles. 167½. R. Ober- u. A. 118½. do. do. Prioritäten 118. Franzosen 184. Lombarden 83½. Italiener —. Silberrente 68. Rumänien 39. Breslauer Diskontobank 90½. do. Wechselb. 77½. Schles. Bank 112½. Kreditaktien 142½. Laurahütte 137. Oberschles. Eisenbahnen —. Oesterreich. Bantn. 91½. Russ. Bantnoten 94½. Bresl. Matlerbank —. do. Matl.-B. —. Prov.-Matlerb. —. Schles. Ber-einsbank 92½. Ostdeutsche Bank —. Bresl. Prov.-Wechselb. 65

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 22. Oktober, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 92½. Russische Anleihe —. Neue ungar. Schatzbonds —. Spekulationswerte anfangs fest, am Schluß matt, besonders Kreditaktien. Oesterreichische Bahnen theilweise besser, ungarische Schatzbonds besser.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 248½, Franzosen 321½, Lombarden 145½, Galizier —. [Schlußkurse.] Londoner Wechsel 119½. Pariser Wechsel 94½. Wiener Wechsel 106½. Franzosen 321. Böhm. Westb. 206½. Lombarden 144½. Galizier 255½. Elisabethbahn 201½. Nordwestbahn 150½. Kreditaktien 247½. Russ. Bodenkredit 89½. Russen 1872 —. Silberrente 67½. Papierrente 64. 1860er Loose 104½. 1864er Loose 169½.

Berlin, 22. Oktober. Nach Schluß der gestrigen offiziellen Börse entwickelte sich noch ein überaus scharfes Angebot, das die Course der dem spekulativen Gebiete angehörigen Papiere noch um 1 bis 2 Proz. zurückwarf.

Die heutige Börse war etwas fester, obwohl sie gegen gestern 2 Uhr eine Abschwächung zeigte. Das Geschäft nahm außerhalb der mit der Ultimogestaltung im Zusammenhang stehenden Transaktionen äußerst schleppenden Verlauf. Im Großen und Ganzen läßt sich die Stimmung als fester bezeichnen und die Hoffnung, daß durch Deckungskäufe von Seiten der Contremine die nächsten Tage eine steigende Bewegung bringen werden, war bei dem größten Theil der Börsenbesucher entschieden vorherrschend. Die von den auswärtigen Plätzen vorliegenden Notirungen lauteten verhältnismäßig günstig und hielten die Baissipartei ab, noch weiter vorzugehen. Die Prolongationskurse bei den meisten Papieren waren gegen gestern fast unverändert. Die Depots wurden bezahlt: Kreditaktien ½, Franzosen ¼—½, Lombarden ½ Thlr. pro Stück Türken und Dortmund Union ¼

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 22. Oktober 1874.

Deutsche Fonds.	
Consolidirte Anl.	105½ B.
Staats-Anleihe	99½ B.
do. do.	—
Staats-Schuld.	91½ B.
Präm.-St.-Anl. 1855	129½ B.
Kurs. 40 Jähr. Obl.	76½ B.
R. u. Neum. Schuld.	94½ B.
Oderdeichbau-Obl.	100½ B.
Berl. Stadt-Obl.	102½ B.
do. do.	—
do. do.	89½ B.
Berl. Börsen-Obl.	100½ B.
Berliner	100½ B.
do. do.	105½ B.
Kur. u. Neum.	87½ B.
do. do.	96 B.
do. neue	103½ B.
Preussische	87½ B.
do. do.	96 B.
do. do.	101½ B.
do. do.	—
Dommerische	87½ B.
do. neue	95½ B.
Posenische neu	94½ B.
Schlesische	84½ B.
Westpreussische	86 B.
do. do.	95½ B.
do. do.	95½ B.
do. do.	100½ B.
Kur. u. Neum.	98½ B.
Dommerische	97½ B.
Posenische	97½ B.
Preussische	98½ B.
Rhein-Westf.	98½ B.
Sächsisch	98½ B.
Schlesische	97½ B.
Goth. Pr.-Pfdbr. I.	106½ B. u. 104½ B.
Pr. Pfd. Grd.-Gpp.	—
Pr. unkündb. L. u. II.	102½ B.
Pomm. Gpp. Pr. B.	105 B.
Pr. Gpp. Pfdbr. fdb.	100½ B.
do. (110 rick.) unk.	107½ B.
Krupp Pr.-D. rick.	100½ B.
Rhein. Prov.-Obl.	101½ B.
Anhalt. Rentenbr.	98 B.
Meininger Loose	51 B.
Rein. Gpp. Pfd. B.	100½ B.
Emh. Pr. v. 1866	54½ B.
Oldenburg Loose	41½ B.
Bad. St.-A. v. 1866	42½ B.
do. Gpp. v. A. v. 67	115½ B.
Neuchâtel-Lose	40½ B.
Badische St.-Anl.	104½ B.
Pr. Pr.-Anleihe	116½ B.
Def. St.-Präm.-A.	111½ B.
Südecker do.	56 B.
Medlenb. Schuld.	87½ B. u. 81.
Pr.-Mnd. v. A.	102½ B.

Ausländische Fonds.

Amer. Anl. 1881	6 103½ B.
do. do. 1882 gef.	6 97½ B.
do. do. 1885	6 101½ B.
Newyork. St.-A. v. 7	100½ B.
do. Goldanl. v. 6	99½ B.
Finan. 102½ Loose	118 B.

Amerikaner de 82 97½. Deutsch-Oesterreich. —. Berliner Bankverein 86½. Frankfurter Bankverein 88½. do. Wechselbank 84½. Nationalbank 1037. Weininger Bank 102½. Sächsische Effektenbank 117½. Kontinental 90½. Rodford 14½. Siberia —. Prov.-Disk.-Ges. —. Darmstädter Bank 390. Hess. Ludwigsb. 134½.

Frankfurt a. M., 21. Oktbr. Abends. [Effekten- u. Sozietät.] Kreditaktien 247½, 1860er Loose —, Franzosen 319, Galizier 255½, Lombarden 144½, Darmstädter Bank —, Elisabethbahn —, Nordwestbahn 151, Meininger Bank —, Silberrente 67½, Sächsische Effektenbank —, ungar. Loose —, Papierrente 64, Bantaktien —. Nationalbank —. Ziemlich fest, aber ganz geschäftlos.

Wien, 22. Oktober. Anfangs still, im weiteren Verlaufe fester. Nachbörse unverändert. Arbitragewerthe und Bahnen matt, Lo-falwerthe lebhaft. Kreditaktien 233, 00, Lombarden 140, 00, Anglo-Aust. 158, 75, Nordwestbahn 145, 50.

[Schlußkurse.] Papierrente 69, 95. Silberrente 73, 95. 1854er Loose 101, 00. Bantaktien 978, 00. Nordbahn 1925, —. Kreditaktien 238, 00. Franzosen 303, 00. Galizier 242, 50. Nordwestbahn 149, 00. do. Lit. B. 67, 50. London 110, 25. Paris 43, 80. Frankfurt 92, 25. Böhm. Westbahn —. Kreditloose 163, 50. 1860er Loose 108, 20. Lombard. Eisenbahn 140, 75. 1864er Loose 135, 00. Unionbank 126, 75. Anglo-Aust. 158, 75. Austro-türkische —. Napoleons 8, 89. Du-katen 5, 24½. Silberloose 104, 40. Elisabethbahn 189, 50. Ungar. Präm. 83, 20. Preussische Bantnoten 1, 63½.

In der heutigen Sitzung der Bahndirektion wurde der vaterlän-

Proz. Bergisch-Märkische ginau glatt auf; Diskonto-Kommandit anfangs glatt, erzielten später ½ Proz. Report. Außerdem brachten Re-port Rheinische Eisenbahnaktien ¼, Köln-Mindener ¼ und Laurahütte ¼ Proz. Auf offenem Markte war Geld außerordentlich flüssig und namentlich bei täglicher Kündigung schwer unterzubringen. Im Privatwechselverkehr gingen feinste biesige Course zu den letztgemeldeten Zinssätzen um. Geld von Ultimo zu Ultimo varirte je nach der Auf-gabe zwischen 5 und 6 Proz., also 1 bis 2 Proz. über den vormonatlichen Sätzen. Auf dem Kapitalmarkt war die Haltung verhältnismäßig am günstigsten.

In Preussischen und Deutschen Fonds, sowie in Pfand- und Rentenbriefen fanden bei durchaus festen, eher noch oben neigen den Notirungen ziemlich gute Umsätze statt. Auch auswärtige Fonds und Staatspapiere erfreuten sich nennenswerther Umsätze und wurden vielfach besser bezahlt, besonders Italiener, Türken, österreichische Ren-ten und 1860er Loose. Inländische Prioritäten in maßigem Verthe,

Nordd. Gr. A. B.	102 B.
Ostdeutsche Bank	78½ B.
do. Produktenb.	17 B.
do. Kreditb.	142½ B.
Poien. Prov.-B.	110 B.
do. Prov. Wehl. B.	1½ B.
Pr. Bod.-R.-A.-B.	106 B.
do. Bantanteile	176 B.
do. Gr.-Bd. 40 Pr.	121½ B.
Rostocker Bank	114 B.
Sächsisch. Bank	125½ B.
Schlef. Bankverein	112½ B.
Thüringer Bank	105½ B.
Weimarsche Bank	96 B.
Prf.-Gpp. Versicher.	127½ B.

In- u. ausländische Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Mastricht	91 B.
do. II. Em.	99½ B.
do. III. Em.	99½ B.
Bergisch-Märkisch	100 B.
do. II. Ser. (conv.)	99½ B.
III. Ser. v. St. g.	99½ B.
do. Lit. B.	84½ B.
do. IV. Ser.	99½ B.
do. V. Ser.	98½ B.
do. VI. Ser.	98½ B.
do. Düsseldorf-Glb.	92 B.
do. II. Ser.	92 B.
do. Dortmund	99 B.
do. II. Ser.	99 B.
do. (Nordbahn)	102½ B.
do. do. (vollg.)	128½ B.
Ungarische Loose	50½ B.
Berlin-Anhalt	100½ B.
do. do.	100½ B.
do. Lit. B.	100½ B.
Berlin-Görlitz	103½ B.
Berlin-Hamburg	93½ B.
do. II. Em.	93½ B.
Berl.-Potsd.-Magb.	—
Lit. A. u. B.	92½ B.
do. Lit. C.	91½ B.
Berl.-Stett. II. Em.	92½ B.
do. III. Em.	92½ B.
do. IV. Ser. v. St. g.	101½ B.
do. VI. Ser.	92½ B.
Bresl.-Schw.-Frb.	99 B.
Rhein-Krefeld	98½ B.
Rhein-Mind. I. Em.	100 B.
do. II. Em.	104½ B.
do. do.	95 B.
do. III. Em.	92 B.
Göln-Mind. IV. Em.	93 B.
do. V. Em.	92½ B.
Galle-Serau-Gub.	99 B.
Märkisch-Posener	102½ B.
Magdeb.-Salzert.	100½ B.
do. do. 1865	100½ B.
do. do. 1873	99½ B.
do. Wittenb.	73 B.
Niederfchl.-Märk.	96 B.
do. II. Ser. v. St. g.	95½ B.
do. c. I. u. II. Ser.	96 B.
do. con. III. Ser.	96 B.
Oberfchl. Lit. A.	95½ B.
do. do. B.	85½ B.
do. do. C.	93 B.
do. do. D.	93½ B.
do. do. E.	86 B.
do. do. F.	100½ B.
do. do. G.	99½ B.
do. do. H.	100½ B.
do. Em. u. 1865	103½ B.

Eisenbahn-Aktien u. Stamm-Prioritäten.

Aachen-Mastricht	4 32 B.
Altona-Kieler	5 112 B.
Amsterd.-Rotterd.	4 104½ B.
Bergisch-Märkisch	4 85½ B.
Berlin-Anhalt	4 145½ B.
Berlin-Görlitz	4 83½ B.
do. Stammpr.	5 99½ B.
Balt. russ. (gar.)	3 52½ B.
Bresl.-Kiew	5 54 B.
Breslau-Warsch. S.	5 41½ B.
Berlin-Hamburg	4 187½ B.
Berlin-Potsd.-Magb.	4 100½ B.
Berlin-Stettin	4 146½ B.
Böhm. Westbahn	5 88½ B.
Bresl.-Grajewo	5 28½ B.
Bresl.-Schw.-Frb.	4 105½ B.
Röln-Minden	4 130½ B.
do. Lit. B.	5 109½ B.
Greifeld-Kr.-Kempen	5 32 B.
Galiz.-Kar.-Ludw.	5 109½ B.
Galle-Serau-Gub.	4 33½ B.
do. Stammpr.	5 56 B.

dischen Sparkasse in Best als Garant für die Provinzial-Institute ein Eskompte-Kredit von 4 Millionen Gulden gewährt.

London, 22. Oktober, Nachmittags 4 Uhr. Aus der Bank flossen heute — vSt. Blagobistont 3½ pSt. 6proz. ungar. Schatzbonds 92½. Konsois 92½. Italien. 5proz. Rente 66½. Lombarden 12½. 5proz. Russen de 1871 99½. 5proz. Russ. de 1872 99½. Silber 57½. Türkl. Anleihe de 1865 44½. 6proz. Türken de 1869 53½. 6proz. Türken Bonds —. 6proz. Vereinigt. St. pr. 18-2 102. Oesterreichische Silberrente 67½. Oesterreich. Papierrente 64½.

Paris, 22. Oktober, Nachmittags 3 Uhr. Fest. [Schlußkurse.] 3proz. Rente 62, 27½. Anleihe de 1872 99, 75. Ital. 5proz. Rente 66, 95. Ital. Tabakaktien —. Franzosen 682, 50. Lombard. Eisenbahn-Aktien 318, 75. Lombard. Prioritäten 250, 50. Türken de 1865 46, 15. Türken de 1869 273, 75. Türkenloose 129, 00.

New-York, 22. Oktober, Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Höchste Notirung des Goldagio 10½, niedrigste 10½. Wechsel auf London in Gold a D. 85½ C. Goldagio 10½, ½ Bonds de 1885 117½. do. neue 5proz. fundirt 112½. ½ Bonds de 1887 117½. Erie-Bahn 29½. Central-Pacific 92½. New-York Centralbahn 101. Baumwolle in New-York 15½. Baumwolle in New-Orleans 14½. Mehl a D. 25 C. Raffen. Petroleum in New-York 12. do. Philadelphia 11½. Rother Frühlingsweizen 1 D. 22 C. Mais (old mixed) 91 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 8½. Kaffee (Rio-) 17½. Getreidefracht 6.

aber vorwiegend fest. Russische und österreichische Prioritäten waren zu gegen gestern fast unveränderten Notirungen sehr still.

Die Geschäftstheile auf dem Eisenbahnmarkt war stark vorwiegend und kein einziges Papier in größerem Verthe. Die Course waren fast durchweg niedriger, in erster Linie Rheinische, Köln-Mindener, Bergisch-Märkische und Oesterreichische Nordwestbahn, Galizier, Rhein-Nahe, West-Grajewo und Oesterreich. Die meisten Papiere waren gut behauptet und gingen verhältnismäßig lebhaft um.

Bantaktien und Industriepapiere theilweise in ziemlich gutem Verthe, aber doch vielfach nicht unbedeutend niedriger. Diskonto-Kommandittheile 181½—180½—181½, Laurahütte 136½—135½—136½, Dortmund Union 46—46½—45½—46.

Von den internationalen Spekulationspapieren, die ziemlich lebhaft umgingen und ein gegen gestern fast unveränderten Schluß fast unbedeutend Course, deuten zeigten, notiren wir um 2 Uhr Kreditaktien 142½—½—½—143, Franzosen 183½—7½—7½—184, Lombarden 83½—½—84½.

Industrie-Papiere.	
Aquarium-Aktien	77½ B.
Bazar-Aktien	116 B.
Bismarck-Lösch-Fb.	19½ B.
Berliner Papierfab.	52 B.
do. Vorfabrik	73 B.
do. Brauer-Tivoli	96½ B.
Brauer. Pagenhof	107 B.
Brauer. Moabit	73½ B.
Bresl. Br.-Wiesner	31½ B.
Deut. Stahl-F. A.	91½ B.
Erdmannsd. Spin.	61 B.
Elbing. M. Eisenb.	5 B.
Flora. A.-Gef. Berl.	36½ B.
Korff. Tuchfabrik	48 B.
Gummifabr. Konrad	51 B.
Hannov. Masch. G.	—
(Egestorf)	66½ B.
Rön. u. Laurahütte	136 B.
Königsberg-Bulkan	37 B.
Mf.-Schl. Maschin.	—
Fabrik (Egells)	33½ B.
Marienhütte	71½ B.
Münch. Chemnitz	35½ B.
Nebenhütte-Akt.-G.	33½ B.
Saline u. Sooldab	38 B.
Schlef. Fein Krampt	92½ B.
Ver. Magd. Spr. Br.	65½ B.
Wollbank. Wollw.	46 B.

Versicherungs-Aktien.

A.-Münch. F. B. G.	2550 B.
Alch. Rüd.-Verf. G.	575 B.
Allg. Eisenb. V. G.	490 B.
Berl. Ed. u. W. B. G.	260 B.
do. Feuer-Verf. G.	352 B.
do. Hagel-Vf. G.	220 B.
do. Lebens-V. G.	680 B.
Colonial. F. B. G.	1930 B.
Concordia. F. B. G.	680 B.
Deutsche F. B. G.	184 B.
do. Trp. V. G.	130 B.
Dresd. Allg. Trj. V.	315 B.
Düsseldorf. do.	380 B.
Elberfeld. F. B. G.	899 B.
Fortuna. Allg. Trj.	285 B.
Germania. F. B. G.	131 B.
Gladbacher F. B. G.	400 B.
Rölnische Hag. V. G.	131 B.
do. Rückverf. Gef.	164 B.
Leipziger Feuer-V. G.	1995 B.
Magdab. All. Inf. B.	99 B.
do. Feuer-V. G.	734 B.
do. Hagel-Verf. G.	74½ B.
do. Lebens-V. G.	100 B.
do. Rückverf. Gef.	162½ B.
Medlenb. Lebensv.	—
Nieder. Wit. V. G.	245 B.
Nordstern. Leb. V. G.	200 B.
Preuss. Hagelverf. G.	90 B.
do. Fp. V. G.	127½ B.
do. Lebens-V. G.	101 B.
do. Stat. Verf. G.	230 B.
Providentia. F. B. G.	160 B.
Rhein. Vff. Lloyd.	—
do. do. Rück-V. G.	70 B.
Sächsisch. do. do.	61 B.
Schlef. Feuer-V. G.	197 B.
Thüringia. Verf. G.	100½ B.
Union. Hagel-Verf.	107 B.
do. See u. L. V.	—

Gold, Silber u. Papiergeld.

Louisdor	110½ B.
Souvereigns	6 24½ B.
Napoleonsdor	5 112½ B.
Dollar	1 11½ B.
Imperial	5 17½ B.
Fremde Banknoten	99½ B.
do. (einf. i. Leipz.)	99½ B.
Deferr. Banknoten	91½ B.
do. Silbergulden	95½ B.
Russ. Not. 100 R.	94½ B.

Wechsel-Kurse.

Berliner Bankdisk.	4
Amsterd. 250 fl. St.	143½ B.
do. do. 2 M.	142½ B.
London 1 Lfr. 8 S.	6 24½ B.
Paris 300 Fr. 8 S.	81½ B.
do. do. 2 M.	80½ B.
Belg. Bankp. 300	—
Fr. 8 S.	81½ B.
do. 300 Fr. 2 M.	80½ B.
Wien 150 fl. 8 S.	91½ B.
do. do. 2 M.	91½ B.
Wien 100 fl. 2 M.	56 20 B.
Leipzig 100 R. St.	99½ B.
Petersb. 100 R. St.	94½ B.
do. do. 3 M.	93½ B.
Warsch. 100 R. St.	94½ B.